

## Europa am Scheideweg

### *Justitia et Pax Europa: Konzertierte Aktion 2017*

Das Projekt eines friedlichen und vereinten Europas steht am Scheideweg. Dies zeigte nicht zuletzt das im Juni 2016 durchgeführte Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich, das zu einer Zeit des Zweifels und der Ungewissheit geführt hat. Es muss als alarmierendes Signal einer weit verbreiteten Unzufriedenheit und des Unbehagens gedeutet werden, das überzeugende Antworten verlangt. In dieser Situation reicht das politische “muddling through” (“sich Durchwursteln”) - für eine lange Zeit eine ziemlich erfolgreiche Strategie -, nicht mehr aus. Falls das europäische Projekt wiederbelebt werden soll, dann ist eine klare Darstellung seiner herausragenden Vorzüge, kombiniert mit einem europaweiten öffentlichen Diskurs über seine Identität und Zukunft sowie über die Werte, für die es steht, erforderlich. Die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen (*Justitia et Pax Europa*) schlägt die folgenden zehn Maßnahmen vor:

1. **Um das allgemeine Recht auf Asyl zu wahren, muss das gemeinsame Europäische Asylsystem dringend reformiert werden. Unserer Auffassung nach müssen die folgenden Grundsätze respektiert werden: ein uneingeschränktes Recht auf Beantragung von Asyl; das souveräne Recht und die Verpflichtung der Schengen-Staaten auf eine gemeinsame Kontrolle ihrer Außengrenzen; Solidarität bei der Aufteilung der administrativen Kosten; und Bemühungen zu einer menschenwürdigen Aufnahme der Asylbewerber. Außerdem müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten sich auf eine neue Zuwanderungspolitik einigen.**
2. **Marktliberalisierung innerhalb des gemeinsamen Marktes stellt kein Ziel an sich dar. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einrichtung einer Säule sozialer Rechte, die als Bezugsrahmen für alle Bürger dienen soll.**
3. **Im Namen ihrer Mitgliedstaaten verhandelt die Europäische Kommission zurzeit über mehrere Freihandelsabkommen. Wir erkennen die Notwendigkeit der Einrichtung von bilateralen Handelsbestimmungen, wenn bindende Vereinbarungen innerhalb des multilateralen Rahmens der WTO nicht gesichert werden können. Dem steht jedoch gegenüber, dass viele Europäer befürchten, dass abgebaute Handelsschranken ihre Arbeitsplätze bedrohen und ungerechterweise Unternehmen begünstigen, die ihre Waren in Ländern herstellen, in denen die Rechte der Arbeitnehmer nicht oder kaum berücksichtigt werden und in denen Sicherheits- und Umweltnormen kaum eingehalten werden. Wir schlagen deshalb vor, dass die Europäische Kommission darauf besteht, von ihren Verhandlungspartnern die uneingeschränkte Zusicherung zu erhalten, dass diese Rechte und Normen sowie die Transparenz gerichtlicher Verfahren respektiert werden, damit das Vertrauen in ein auf Regeln beruhendes Handelssystem wieder hergestellt werden kann.**
4. **In naher Zukunft wird die Europäische Marktwirtschaft durch die sogenannte digitale Revolution umgestaltet werden. Die Aussicht auf Digitalisierung und industrielle Robotisierung wirft viele Fragen zur Zukunft der Arbeit auf. Deshalb schlagen wir vor, dass die Europäische Kommission und die Europäischen Sozialpartner – Gewerkschaften und Unternehmen – eine Europäische Arbeitskonferenz organisieren, um Vorstellungen über Lohnkostenzuschüsse, Entgeltsicherung und Arbeitsplatzbeschaffung zu prüfen.**

## KURZFASSUNG

5. Grundsätzlich besteht Einigkeit über eine stärkere europäische Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitglieder des Euro-Währungsgebiets sowie über die Notwendigkeit der Einrichtung einer Art Finanzministerium für die Eurozone und eines eigenen Haushalts. Da dies schwer zu erzielende Veränderungen im Vertrag über die Europäische Union erforderlich macht, **könnte die Aufnahme einer zwischenstaatlichen Vereinbarung innerhalb der Mitglieder der Eurozone über den Entwurf einer Eurozone 2.0, der vor dem Inkrafttreten die Erfüllung von strengen Kriterien bezüglich der Wirtschafts- und Finanzpolitik beinhalten müsste, ein erster Schritt nach vorn sein.** Ein ähnliches Verfahren wurde im Bericht der fünf Präsidenten, veröffentlicht im Juni 2015, vorgeschlagen.
6. Ein negativer Aspekt der Globalisierung ist der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze bei multinationalen Konzernen und sehr reichen Privatpersonen.<sup>1</sup> **Wir erwarten und hoffen, dass die EU-Mitgliedstaaten sich 2017 auf die Schaffung einheitlicher Regeln für die Berechnung der Gewinne von Unternehmen, die sogenannte *Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage*, einigen, die von der Europäischen Kommission im November 2016 erneut vorgelegt wurde. Außerdem halten wir es für dringend erforderlich, das Problem der nicht eingemommenen Mehrwertsteuer, das 2014 in der EU zu einem Verlust von fast € 160 Mrd. führte, anzusprechen.**
7. In seiner Enzyklika *Laudato si'* ruft Papst Franziskus zu einer 'kulturellen Revolution'<sup>2</sup> bezüglich unseres Lebensstils und dessen Auswirkungen auf die Umwelt auf. Tatsächlich unterstützen heute viele Europäer den ökologischen Fortschritt. **Um die Anstrengungen für einen nachhaltigeren Lebensstil ihrer Bürger zu untermauern, hoffen wir, dass die EU-Regierungen und das Europäische Parlament 2017 einen überzeugenden Klimakompromiss erzielen, der die Reform des Emissionshandelsplans nach 2020, den Vorschlag zu einer Effort sharing decision (Lastenverteilungsentscheidung) bezüglich der Emissionen aus den Bereichen Transport, Landwirtschaft, Gebäude und Abfallwirtschaft sowie einen Vorschlag bezüglich erneuerbarer Energien und Energiesparmaßnahmen umfasst.**
8. **Wir unterstützen den Gedanken eines Europäischen Externen Investitionsplans, vorgeschlagen vom Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean Claude Juncker, in seiner Rede zur Lage der Union im September 2016. Mitgliedsstaaten und andere Partner sollten einen Beitrag zu diesem Plan leisten, um die Summe von 88 Milliarden zu erzielen und zur Durchführung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beizutragen.**
9. **Um Europa gegen den Terrorismus zu verteidigen und um zur Verhinderung und Beendigung von bewaffneten Konflikten in der Welt und besonders von inner- und zwischenstaatlichen Konflikten in der geografischen Nachbarschaft beizutragen, muss die Europäische Union ihre gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie ihre „sanfte“ Politik (soft policies) hinsichtlich der Friedensförderung verstärken. Ebenso intensiviert werden müssen die Bemühungen um die Abrüstung, Nichtverbreitung und die Kontrolle von Rüstungsexporten.**
10. Den europäischen Institutionen wird häufig der Vorwurf gemacht, sie seien undemokratisch. Tatsächlich kann und sollte manches verbessert werden. **Deshalb wurde der von einer Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments unterstützte Vorschlag gemacht,**

---

<sup>1</sup> Vgl. Konzertierte Aktion Justitia et Pax Europa 2016 "Wachsende wirtschaftliche Ungleichverteilung und Steuergerechtigkeit", [http://www.juspax-eu.org/de-wAssets/docs/concerted\\_action/2016/2016\\_JPE\\_annual\\_action\\_Basic\\_text.pdf](http://www.juspax-eu.org/de-wAssets/docs/concerted_action/2016/2016_JPE_annual_action_Basic_text.pdf).

<sup>2</sup> "Niemand verlangt, in die Zeit der Höhlenmenschen zurückzukehren, es ist aber unerlässlich, einen kleineren Gang einzulegen, um die Wirklichkeit auf andere Weise zu betrachten, die positiven und nachhaltigen Fortschritte zu sammeln und zugleich die Werte und die großen Ziele wiederzugewinnen, die durch einen hemmungslosen Größenwahn vernichtet wurden. (114)"

## KURZFASSUNG

**mindestens 10 % der Mitglieder des Europäischen Parlaments von länderübergreifenden Kandidatenlisten zu wählen. Beginnen will man damit bei den Wahlen 2019. Wir unterstützen weitere Diskussionen zu diesem Vorschlag.**

Politik ist mehr als die Verfolgung von Eigeninteressen mit strategischen und taktischen Mitteln. In einer sich rasant verändernden Welt ist eine dynamische Neuauslegung der europäischen Rolle und Verantwortlichkeit geboten. Besonders wichtig ist dies in einer Gemeinschaft von Staaten, die eng miteinander verbunden sind. Europa muss seine Fähigkeiten zur *“Integration, zum Dialog und etwas hervorzubringen”*<sup>3</sup>, so wie Papst Franziskus sagt, steigern. Gemeinsam mit den anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie mit allen, die für das Gemeinwohl eintreten, kann die Katholische Kirche dabei helfen, den Europäischen Geist des Friedens wiederzubeleben.

---

<sup>3</sup> Vgl. Ansprache von Papst Franziskus zur Verleihung des Karlspreises am 6. Mai 2016 in Rom, [http://en.radiovaticana.va/news/2016/05/06/pope\\_francis\\_receives\\_international\\_charlemagne\\_prize/1227869](http://en.radiovaticana.va/news/2016/05/06/pope_francis_receives_international_charlemagne_prize/1227869) (13/5/16).